

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Für Demokratie in Südkorea

In einer gemeinsamen Erklärung haben am Dienstag 265 Professoren von 23 Universitäten eine «wirklich zivile Regierung» und eine demokratische Verfassung für Südkorea gefordert. Sie verfassten ein Papier, das 21 Punkte umfasst. Darin protestieren sie gegen anhaltende Menschenrechtsverletzungen, die Unterdrückung der Pressefreiheit und eine «Schwarz-Weiss-Rhetorik», mit der die Regierung Kräfte der ausserparlamentarischen Opposition als «staatsfeindlich und prokommunistisch» abstempelt.

USA gegen Bujak-Verhaftung

Die amerikanische Regierung hat die Verhaftung von Zbigniew Bujak, einem der Führer der Untergrund-Organisation der verbotenen polnischen Gewerkschaft «Solidarität», missbilligt. Der stellvertretende Sprecher des Ausserministeriums, Charles Redman, sagte am Montag in Washington, die polnischen Behörden seien trotz ihrer «Lippen-Bekennnisse» über die nationale Aussöhnung weiter dabei, Oppositionelle wie Bujak festzunehmen und einzusperren. Es gibt zur Zeit nach Angaben von Redman mehr als 250 politische Häftlinge in Polen.

Heizölkäufe praktisch auf dem Nullpunkt

Zürich (AP) In Erwartung der Entscheidung des Parlaments über die umstrittene Heizöl- und Gaszollerhöhung ist der Heizölabsatz in Liechtenstein und der Schweiz praktisch zum Erliegen gekommen. Bereits nach den Nichteintretensbeschlüssen der vorbereitenden Kommissionen sei kaum noch Öl gekauft worden, sagte der Präsident der Vereinigung Schweizerischer Heizöl-Grossisten-Importeure (IG Heizöl), Guido Imholz, am Dienstag in Zürich gegenüber AP. Bis zum Entscheid des Ständerats und der Schlussabstimmung am 20. Juni werde jetzt natürlich gar nichts mehr gehen.

Imholz befürchtet, dass die ganze Übung der Schweiz letztlich volkswirtschaftlich mehr geschadet als genutzt habe. Die Heizölimporteure hätten in den letzten Wochen und Monaten ausserordentlich grosse Probleme gehabt. Einerseits habe der Zollaufschlag zu einem gestörten Verhältnis mit der Kundschaft geführt. Und andererseits hätten die Importeure wegen des flauen Inlandabsatzes zusätzliche Lagerkapazitäten im Ausland aufbauen müssen. «Es gab zahlreiche Fälle, wo teures Öl im Ausland gelagert werden musste», sagte Imholz und fügte hinzu: «Der Volkswirtschaft sind so vermutlich mehr Millionen verloren gegangen, als mit der Zollerhöhung zusätzlich hereingeholt worden sind.»



WM heute Mittwoch

- 20.00 BRD - Uruguay (In Queretaro)
- 20.00 Paraguay - Irak (In Toluca)
- 24.00 Schottland - Dänemark (In Mexiko-City)

Frieden und Freundschaft erleben lassen

Liechtensteiner Pfadfinderschaft hat erstes grosses Auslandsprojekt in Angriff genommen

Im 55. Jahr ihres Bestehens wagt sich die über 1100 Mitglieder zählende Pfadfindergemeinschaft Liechtensteins an ihr erstes grosses Auslandsprojekt heran. Wie ein roter Faden zieht sich das Thema «Ägypten» durch die Programme der einzelnen Stufen auf Landes- und Gemeindeebene. Mit dem Projekt «El Arish» möchten die Pfadfinderinnen und Pfadfinder ihre ägyptischen Kollegen beim Aufbau eines Verarbeitungsbetriebes für Dattelpalmen-Produkte entlang der Mittelmeerküste unterstützen. Mit einem Besuch beim grossen Basar am kommenden Sonntag auf der Marktplatzgarage in Vaduz können auch Sie einen kleinen Beitrag zur Verwirklichung dieses grossen Zieles unserer Pfadfindergemeinschaft leisten.

Die Idee, für andere etwas zu tun, entstand in einer Arbeitsgruppe der Pfadfinder Liechtensteins, die sich mit internationalen Aktivitäten auseinandersetzte. Über das Weltbüro der Pfadfinder in Genf hörte man vom «Palm-Tree-Project» der ägyptischen Pfadfinder. Anlässlich der letzten Weltkonferenz in München hatte der Internationale Kommissar Ernst Walch die Möglichkeit, das Projekt mit seinem ägyptischen Amtskollegen zu besprechen. Die Korpseleitungen beschlossen dann, das Projekt weiter zu verfolgen. Um noch weitere Details in Erfahrung bringen zu können, reisten im September letzten Jahres Sonja Lins, Michael Goop und Ernst Walch nach Ägypten. Ihre Berichterstattung half schliesslich stark mit bei der Entscheidung, das Projekt definitiv in Angriff zu nehmen, über das wir Sie auf Seite 3 der vorliegenden Ausgabe näher informieren wollen.

Beitrag zur Friedenserziehung

Wie die beiden Internationalen Kommissare Elisabeth Sele und Ernst Walch an der Presseorientierung vom Montagabend ausführten, stellt das Projekt «El Arish» gewissermassen eine Hilfe in zwei Richtungen dar: Ein Prozess von Geben und Nehmen, der gelernt werden will. Der Geber müsse lernen, mit Freude zu schenken und es dem Empfänger leicht machen, die Gabe anzunehmen. Der Empfänger müsse lernen, sein Bedürfnis ehrlich zu sagen und die Gabe dann so annehmen, dass zwischen beiden der bestmögliche Kontakt entstehe. Um die internationale Dimension zu erfahren

und zu erleben, müssten auch unsere Pfadfinderinnen etwas für die Weltgemeinschaft tun («learning bei doing»). Dieses Teilnehmen geschehe unabhängig von Politik, Rasse und Religion. Es sei also ein konkreter Beitrag zur Friedenserziehung, die ja bekanntlich ein Grundanliegen der Pfadfinderschaft ist.

Mit dem Projekt «El Arish» wollte man den Pfadfinderinnen und Pfadfindern unseres Landes ein neues Ziel geben und gleichzeitig die Möglichkeit schaffen, Frieden und Freundschaft konkret erleben zu lassen, denn, wie Ernst Walch betonte: «Freundschaft bedeutet für uns auch, sich des andern annehmen, in Schwierigkeiten helfen. Internationale Freundschaft heisst, dass wir alles tun wollen, um uns über Lebensbedingungen in anderen Ländern zu erkundigen, uns über Religionen, Kulturen und Traditionen zu informieren. Internationale Freundschaft heisst aber, dass wir unseren Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit leisten wollen.» Frieden könne auf Dauer nur gesichert werden, wenn «oben» und «unten» ausgeglichen werde. Wenn es nicht nur Gebende und Empfangende gebe, sondern ein Austausch stattfinde.

Pfadfinder helfen an Ort und Stelle

Das Projekt «El Arish» beinhaltet zwei Schwerpunkte: Einerseits versucht man, mit verschiedenen Aktivitäten auf Landesebene und in den einzelnen Abteilungen das Projekt zu finanzieren; andererseits sollen Bienenle und Wölfler, Pfadfinderinnen und Pfadfinder, Pioniere, Ranger und Rover – kurzum die ganze Pfadfinderschaft – die internationale Freundschaft erleben können. Das Thema «Ägypten» zieht sich deshalb wie ein roter Faden durch die Programme der einzelnen Stufen. Im übrigen reisen im Juli/August und im Oktober 42 Pfadfinderinnen und Pfadfinder nach El Arish, um beim Aufbau des Projektes mitzuhelfen und anschliessend das Land kennenzulernen. Dies alles natürlich auf eigene Kosten, denn das gesammelte Geld wird vollumfänglich in das Projekt investiert.

Schliesslich wurden auch ägyptische Pfadfinderinnen eingeladen. Wenn alles klappt, verbringen 16 junge Leute im Juli ein rund zweiwöchiges Sommerlager in Liechtenstein und lernen dann während einer weiteren Woche zusammen mit den Gastfamilien und bei gemeinsamen Ausflügen unser Land kennen. (mö)

KSZE-Nachfolgekonferenz in Wien

Abschluss des N+N-Treffens der KSZE-Staaten auf Gaflei

Das zweitägige Treffen der neutralen und nichtgebundenen KSZE-Teilnehmerstaaten (N+N-Staaten), zu denen auch unser Land gehört, fand gestern Abend seinen Abschluss. Die rund dreissig Delegierten der neun N+N-Staaten hatten sich auf Gaflei zu einem der regelmässigen Zusammenkünfte dieser Staatengruppe getroffen, um eine Analyse des vor wenigen Tagen zu Ende gegangenen Berner Treffens sowie eine erste Abstimmung vor dem im Herbst in Wien stattfindenden KSZE-Nachfolgetreffen vorzunehmen.

Seit der ersten Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) im Jahre 1975 in Helsinki, wo mit Ausnahme von Albanien sämtliche europäische Länder sowie Kanada und die USA vertreten waren, beteiligte sich unser Land aktiv am sogenannten KSZE-

Prozess. Bereits während der lange dauernden Vorgespräche zum ersten Treffen sammelten sich die neutralen und nichtgebundenen Staaten – Schweden, Finnland, Österreich, Schweiz, San Marino, Malta, Jugoslawien, Zypern und Liechtenstein – in den N+N-Gruppen und setzten seither ihre regelmässigen Konsultationen fort.

Bereits vor fünf Jahren tagte diese Gruppe erstmals in unserem Land. Nun war Gaflei zum zweitenmal als Tagungsort ausserkoren worden. Gestern mittag hielt sich auch Regierungschef Hans Brunhart zu einem kurzen Treffen mit den Diplomaten aus den neun neutralen und nichtgebundenen Staaten auf. Neben der Tagung waren auch verschiedene Begleitveranstaltungen angeboten worden, damit die Diplomaten die Möglichkeit erhielten, unser Land besser kennenzulernen.

Nationalrat auf Heizölzoll-Vorlage nicht eingetreten

Das Schweizer Parlament liess Bundesrat Otto Stich im Stich

Bern (spk) Keine Chancen für die bundesrätliche Vorlage zur Erhöhung der Heizöl- und Erdgaszölle, die auch in Liechtenstein wirksam sind: Der Nationalrat hat es unter Namensaufruf mit 101:81 Stimmen abgelehnt, auf den Überraschungscoup vom vergangenen Februar einzutreten. Die Zollerhöhung hätte dem «Bundeskässli» 290 Mio Franken jährlich einbringen sollen. Opposition erwuchs der Vorlage insbesondere aus Kreisen der SVP, der FDP aber auch einer Minderheit von CVP-Parlamentariern.

Die Vorwürfe des Parlamentes an die Adresse des Bundesrates fielen teilweise recht hart aus: Die im Februar beschlossene Erhöhung der Heizölzölle sei «purer schweizerischer Materialismus», erklärte etwa Monika Weber (LdU/ZH). Für den St.Galler CVP-Nationalrat Edgar Öhler erweist sich die Vorlage als mieter- und wirtschaftsfeindlich, die jeglicher Konzeption entbehrt.

Abgesteckte Fronten

Gegner wie FDP- und SVP-Parlamentarier strichen insbesondere den überfallartigen Charakter des Bundesrates hervor, der im Widerspruch zu der vom Parlament verworfenen Energiesteuer stehe. Rechtlich genüge der vom Bundesrat bezogene Artikel 5 des Zolltarifgesetzes nicht zur Vornahme der umstrittenen

Massnahmen, erklärten die beiden Fraktionssprecher Georg Stucky (FDP/ZG) und Rudolf Reichling (SVP/ZH).

CVP, SP und LdU für Eintreten

Für ein Eintreten auf die Vorlage hatte sich trotz heftiger Kritik einzelner Fraktionsmitglieder die Sprecher der CVP, der SP und des LdU stark gemacht. Hermann Fehr (SP/BE) attestierte dem Bundesrat, Führungsstärke bewiesen zu haben und dem Ziel der Sanierung des Bundeshaushaltes näher zu kommen. Der notwendige Handlungsspielraum für eine neue Finanzordnung sei nur dann vorhanden, führte Fehr weiter aus, wenn der gegenwärtige Bundeshaushalt ins Reine gebracht werde.

Für die Mehrheit der CVP-Fraktion ist das bundesrätliche Vorgehen auf Artikel 5 des Zolltarifgesetzes abstützbar. Trotz gewissen Mängeln seien Mehreinnahmen nötig, denn mit Sparen allein liessen sich die Aufgaben des Bundes nicht durchführen. Der «lächerlicher Zoll» von 30 Rappen, wie ihn Anton Keller als Fraktionssprecher der CVP nannte, müsse deshalb auf vier Franken angehoben werden.

Parlament soll es besser machen

In seiner Antwort auf fünf Interpellationen verteidigte der Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes (EFD), Bundesrat Otto Stich, das bundesrätliche

Vorgehen. Er berief sich auf den Auftrag der Verfassung, als oberste Behörde zu leiten und zu walten. Von ihr dürfe man folglich erwarten, dass die ihr zustehende Kompetenz wahrnehme. Die Anträge der Landesregierung hätten im grösseren Zusammenhang der Finanz- und Umweltpolitik Bestand.

Die Zollerhöhung hat laut EFD-vorsteher bis zu einem abweichenden Parlaments- oder Volksentscheid Bestand, auch wenn es eine unerwartete Aktion gewesen sei. Eine allfällige Rückerstattung der höheren Zollansätze stehe für den Bund nicht zur Diskussion, ebenso wenig wie eine Anpassung an allenfalls steigende Ölpreise. Stich verneinte schliesslich im Zusammenhang mit den Folgen der Zollerhöhungen, dass internationale Vereinbarungen verletzt oder — wie es verschiedene Votanten behaupteten — dass die Bergbevölkerung oder die Mieter — speziell benachteiligt würden.

«Die Beschlüsse sind wichtige Voraussetzungen für zielstrebige Massnahmen zum Schutze unserer Umwelt», erklärte Stich abschliessend. Die Vorlage helfe mit, umweltschützende Massnahmen zu finanzieren und dämpfe den Preisrückgang bei Heizöl und Erdgas, das heisst, sie wirke in Richtung einer möglichst sparsamen Verwendung der nicht erneuerbaren Energieträger.



Hans Verling, Vaduz †

Überraschender Tod des früheren Präsidenten des Pressevereins Liechtensteiner Volksblatt

In den frühen Morgenstunden des gestrigen Dienstag ist der langjährige Präsident des Pressevereins Liechtensteiner Volksblatt, Hans Verling, in seinem Vaduzer Heim verstorben. Hans Verling stand im 71. Lebensjahr.

Der Verstorbene war über Jahre aktiv als Obmann und Delegierter in der Ortsgruppe Vaduz der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) tätig und gehörte dem Liechtensteiner Landtag von 1970 bis 1974 als Abgeordneter an. Zuvor war er während mehreren Jahren Mitglied des Vaduzer Gemeinderates (1948 bis 1965) und Vizevorsteher seiner Heimatgemeinde (1960 bis 1965).

Neben seinem mehr als 50jährigen Wirken im MGVS-Sängerbund Vaduz stand Hans Verling dem Liechtensteiner Landessportverband lange Zeit als Präsident vor und diente dem Sport seiner Heimatgemeinde als Aktiver und als Funktionär auf verschiedenen Ebenen.

Vor sechs Jahren als Grundbuchbeamter pensioniert, genoss Hans Verling seinen abwechslungsreichen Ruhestand im Kreise seiner Familie.

Am Pfingstmontag wurde er von einer akuten Krankheit betroffen, die seine sofortige Einlieferung ins Spital und eine Notoperation erforderte. Nach vorübergehender Besserung erlitt Hans Verling nun einen unerwarteten Rückschlag, dem er gestern früh erlegen ist.

Seiner Gattin, den Kindern mit Familien sowie allen Anverwandten und Freunden entbieten wir unsere herzliche Anteilnahme. Wir geleiten den Verstorbenen morgen Donnerstag um 9 Uhr auf dem Vaduzer Friedhof zur letzten irdischen Ruhe.

Europäisches Mediensymposium

Regierungschef Hans Brunhart als Referent in Innsbruck

(paff) – Vom 4. bis 6. Juni 1986 wird in Innsbruck das 3. Europäische Mediensymposium (Euromedia '86) durchgeführt. Das diesjährige Symposium steht unter dem Generalthema «Telekommunikation – Netzwerk der Macht». Im Rahmen der offiziellen Eröffnung dieses Kongresses hält Regierungschef Hans Brunhart am Mittwoch, 4. Juni, im Kongresshaus Innsbruck den Festvortrag.

An der Euromedia '86 referieren namhafte Experten über Chancen und Gefahren der neuen Medien. In verschiedenen Arbeitskreisen befassen sich die anwesenden Experten mit aktuellen Fragen zu den neuen elektronischen Medien im lokalen, regionalen und internationalen Bereich. Themen der Expertenrunden sind unter anderem «Lokal-Radio», «Kabelfernsehen», «Konsumententrends und Werbung», «Computer und Telekommunikation als Motor der Informationsgesellschaft», «Mensch und Computer». Das Kongressangebot wird durch eine Fachausstellung und verschiedene Exkursionen ergänzt.